

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

=====

DER KAPITANIST



=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

August 1949

Nr. 47

Preis S 2.-

=====

=====

LEO TROTZKI - VOR NEUN JAHREN AUF

=====

=====

STALINS BEFEHL ERMORDET

=====

Am 20. August sind es neun Jahre, daß der GPU-Agent Jackson Leo Trotzki meuchlerisch ermordete. Alle proletarischen Revolutionäre der Welt, vereint in der IV. Internationale, dem Werk Trotzki's, gedenken dieses Tages in tiefster Trauer.

Mit dem gemeinen Mord an Trotzki hat Stalin dem Weltproletariat seinen genialsten Führer seit Lenin genommen, hat er der Weltrevolution einen entsetzlichen Schlag versetzt. Dennoch: die Weltrevolution lebt in den Arbeitermassen der ganzen Welt, in ihren Kämpfen; sie wird wieder ihr Haupt erheben, um den mörderischen Imperialismus zu vernichten. Ihr neues Erwachen wird an den Namen Trotzki's geknüpft sein, der ihr in der IV. Internationale jene neue Führung geschaffen hat, die sich unter den schwierigsten und gefährvollsten Bedingungen den Weg zu den Massen bahnen wird, um sie zum Sieg zu führen. Sie wird die reformistischen und stalinistischen Verräter von der Führung der Arbeiterklasse verjagen und so den Weg freikämpfen zum Sturz der Bourgeoisie, zum Sieg des Sozialismus.

IM GEDENKEN AN LEO TROTZKI - HÖHER DAS REVOLUTIONÄRE BANNER!

VORWÄRTS IM GEISTE LENIN - TROTZKI'S!

NIEDER MIT DEM STALINISMUS, MIT DER MÖRDERCLIQUE IM KREML!

ES LEBE DIE WELTREVOLUTION!

ES LEBE DIE IV. INTERNATIONALE!

=====

INHALT: Zur Krise des Stalinismus - Das Wahlergebnis in Westdeutschland-eine ernste Warnung! - Streiflichter

ZUR KRISE DES STALINISMUS

=====

I.

Sowohl der Tod Dimitroffs als auch eine Reihe anderer Ereignisse lenken von neuem den Blick auf die tiefe Krise, in welcher sich der Stalinismus befindet. Sie alle bestätigen, was wir vor einem Jahr schrieben, als sich der offene Bruch zwischen Moskau und Tito zeigte: daß die Endkrise des Stalinismus angebrochen ist. Welchen Weg hat die Krise seither genommen? Bevor wir auf diese Frage eingehen, wollen wir uns kurz mit der Rolle Dimitroffs befassen.

Mit Dimitroffs Tod ist sicherlich eine der bekanntesten Gestalten um Stalin vom Schauplatz des politischen Lebens abgetreten. Er besaß, worum sich Stalin umsonst bemüht: wirkliche Popularität. Das erstemal wurde sein Name bekannt durch den Aufstand vom September 1923, den er, an der Spitze der KP Bulgariens stehend, leitete. Dimitroff segelte damals in Fahrwasser des Sinowjewischen Ultralinkstums, genauer: des Sinowjewischen ultralinken Menschewismus, d.h. eines Ultralinkstums, das in seinen Ergebnissen die Positionen des Menschewismus und damit der Bourgeoisie stärkt. Der Aufstandsversuch von 1923 war ein typisch ultralinkes Abenteuer Sinowjewscher Art, wie der ebenso mißlungene Aufstand in Estland damals. Er war im Wesen ein Putschversuch, d.h. die Ersetzung der revolutionären Aktion der Massen durch den todesmutigen Kampf einer kleinen Elite, die ohne die unbedingt nötige Unterstützung der revolutionierten Massen in den Aufstand tritt. Eine solche Aktion ist von vorneherein zur Niederlage verurteilt. So auch 1923 in Sofia. Die Folge war der Triumph des blutigen Zankoffregimes, vor welchem sich Dimitroff mit wenigen Hundert todesmutiger Kämpfer über die Grenze rettete. Das zweitemal wurde Dimitroffs Name weltbekannt durch seine mutige Haltung im Leipziger Reichstagsbrandprozeß, wo er dem Bluthund Göring kühn die Stirne bot. Nach Rußland gekommen, stellte ihn Stalin, seine Popularität ausnützend, an die Spitze der Exkomintern. Dimitroff leitete deren Kongreß von 1935, der nichts weiter als eine bürokratische Parade war. Auf diesem Kongreß vertrat Dimitroff die neomenschewistische "Volksfront"-Linie Stalins genau so, wie er noch wenige Jahre vorher die verräterische Linie der "Roten Einheitsfront" in Deutschland gutgeheißen hatte, die bekanntlich die Katastrophe des deutschen Proletariats 1933 verursacht hat.

Dimitroff blieb auch während des zweiten Weltkrieges in Rußland. Erst im Zuge der Niederlage des deutschen Imperialismus kehrte er in das von der Roten Armee besetzte Bulgarien zurück und errichtete dort die "Volksdemokratie".

Bis zu dieser Zeit war Dimitroff zwei Jahrzehnte hindurch ein treuer Diener Stalins gewesen, hatte er sich schließlich in einen Stalinbürokraten verwandelt, der jedes verräterische Zickzack Stalins, ob nach ultralinks oder rechts, gehorsam mitgemacht hatte. Im Kampfe gegen den revolutionären Flügel der KPR, die Linksoption, stand er ebenso treu an Stalins Seite. Die Morde Stalins an Sinowjew, Bucharin usw., die Ermordung Trotzki durch die GPU auf Stalins Befehl hat er widerspruchslos mitgemacht. Und nun, von Stalins Gnaden zur Macht gekommen, geriet er in Widerspruch zu ihm, zur Kremlobükratie.

Das zeigte sich, als Tito vor zwei Jahren die Frage einer Balkan-Union aufrollte. Dimitroff stimmte zu, ohne vorher beim Kreml anzufragen. Dieser verwarf aber Titos Projekt. Dimitroff wurde zurückgepfiffen. Er "korrigierte" sich öffentlich. Vor einem Jahr

brach nun der Konflikt Kreml - Tito offen aus. Dimitroff scheint eine zeitlang geschwankt zu haben; die Erklärung der bulgarischen Stalinpartei für die Kominform-Resolution gegen Tito erfolgte ziemlich spät. Der erfolgreiche Widerstand Titos gegen die Kominform wirkte ermutigend auf die "titoistischen" Tendenzen in den anderen "Volksdemokratien", u.a. in Bulgarien. Dimitroffs Nachfolger Kostoff wurde zum Haupt der "titoistischen" Opposition in Bulgarien. Kaum war das bekannt geworden, wurde Dimitroff zur "Behandlung" nach Moskau geholt. Er kehrte tot nach Sofia zurück. Ob er als direktes Opfer Stalins gefallen ist, bleibt offen und hat viel für sich. Seine engsten Anhänger, berichtete gleich nach seiner "Abreise" nach Moskau ein ernstzunehmendes bürgerliches Blatt, hielten schon damals eine Totenfeier für ihn ab. Stalin kann sich, so scheint es, des toten Dimitroffs besser als Werkzeug bedienen als des lebenden.

So war auch Dimitroff, lange Jahre hindurch ein unentwegter Anhänger Stalins, schließlich mit ihm, mit der Kremlbürokratie in Konflikt geraten. Sein Tod ist daher eine Episode in der Gesamtkrise des Stalinismus. Unterdessen ist Kostoffs Immunität aufgehoben worden; er selbst ist in den Kerkern der GPU verschwunden. Er wird wie üblich vom Kreml als "Feind Sowjetrußlands", als "Trotzkist" usw. bezeichnet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Dimitroff, um sich vor dem Kreml nicht offen deklarieren zu müssen, Kostoff vorschob. Nunmehr sind beide gefallen.

II.

Die Krise des Stalinismus im Glacis, die sich das erstemal vor einem Jahre im Konflikt Kreml - Tito offenbarte, hat sich seither rapid ausgebreitet. Während sich aber Tito bis jetzt behauptet hat, gelang es dem Kreml in den anderen Ländern, in Albanien, Griechenland, Bulgarien, Polen und Ungarn, sich der oppositionellen Häupter und ihres engeren Anhanges zu bemächtigen. Bald nach dem Titokonflikt kam die Krise in Polen zum Ausbruch. Sie endete mit dem "Reuebekenntnis" Gomulkas und seiner Enthebung als Vizeministerpräsident. Seither ist er verschwunden. In Griechenland "erkrankte" General Markos; er wurde nach Moskau gebracht. Sein Schicksal ist unbekannt. Dann spitzte sich die Krise in Albanien zu. Die Krise war dort fast unmittelbar mit der Titokrise ausgebrochen und stand mit ihr in engem Zusammenhang. Erst vor wenigen Wochen wurde Koxi Dodge, der Führer der albanischen Widerstandskämpfer während des Krieges, früherer Generalsekretär der KP, hingerichtet. Pandi Christo, ein anderes führendes Mitglied der albanischen KP, wurde zu einer hohen Kerkerstrafe verurteilt.

Dann folgte die Krise in Bulgarien, die jetzt mit dem Tod Dimitroffs und der Verhaftung Treicho Kostoffs, seines Vertreters, ein vorläufiges Ende gefunden hat. Kostoff war das einzige Mitglied des bulgarischen ZK, das während des Krieges nicht in Moskau, sondern im Lande geblieben war und den Widerstandskampf leitete.

Kaum war die bulgarische Krise an der Tagesordnung, brach wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Krise um Rajk und Szöny in Ungarn aus. László Rajk, gestern noch Innenminister, dann Außenminister, wurde plötzlich zum "imperialistischen und trotzkistischen Agenten und Spion" erklärt. Ebenso Szöny, der Leiter der Kadersektion der ungarischen KP. Hier aber, in Ungarn, nahm die Krise das erstemal einen besonderen Charakter an: der russische Gesandte in Budapest Buschkin wurde unmittelbar nach Ausbruch der Krise abberufen und nach Moskau beordert. Hier ist also zweifellos das erstemal sichtbar geworden, daß Kräfte in der stalinschen Diplomatie in Verbindung mit den oppositionellen Kräften im Glacis gestanden sind.

Zwei Länder im Glacis sind es, in welchen sich bisher eine offene "titoistische" Krise nicht zeigte: Rumänien und Tschechoslovakei. Im erstgenannten Land sind jedoch schon vor mehr als einem Jahre große "Säuberungen" in der KP vorgenommen worden. In Rumänien übt zweifellos die SU den stärksten Druck aus, so daß sich eine offene Krise nur sehr schwer entwickeln kann. In der Tschechoslovakei wird sich eine Krise à la Tito nur langsam den Weg bahnen, aber die Explosion wird umso drastischer sein. Hier sind sicherlich die besten Vorbedingungen für eine proletarische Opposition gegen den Stalinismus vorhanden, so daß eine "titoistische" Krise bald in eine revolutionäre Opposition gegen den Krenl ausmünden kann.

III.

Der Weg der Krise des Stalinismus in diesem einen Jahr ist erstaunlich. In nicht weniger als fünf Glacisländern wurde eine ganze Reihe der bisher führenden Elemente beseitigt. Lediglich in Jugoslawien mißlang bisher die Aktion des Krenl. Gehen wir noch einmal auf die Wurzel der Krise ein: Sie entspringt unmittelbar der Abwehr der stalinschen Ausplünderungspolitik durch einheimische Stalinbürokraten, die so zwar nicht aufhören, Bürokraten zu sein, Stalin jedoch die Gefolgschaft aufkündigen. Diese unmittelbare Ursache der Krise weist aber auf die Wurzel der Krise des Stalinismus in der SU selbst hin: die Krenlbürokratie versucht und muß versuchen, die durch ihr bürokratisches Regime angehäuften Widersprüche in der SU durch die Ausplünderung des Glacis wenigstens zu mildern. Der wachsende Widerstand im Glacis stellt sie vor unerwartete Schwierigkeiten. Es ist natürlich klar, daß die Beseitigung von Leuten wie Markos, Kostoff, Rajk, Gomulka usw. die Krise nicht behebt. Im Gegenteil: jede solche Aktion des Krenl hinterläßt in den Anhängern der Gestürzten nur das Verlangen nach Abrechnung. Dies umso mehr, als sich der Krenl zu keiner anderen Politik als der der Ausplünderung des Glacis verstehen kann. Selbst bei einer völligen Assimilierung des Glacis, einer völligen Angleichung an die Eigentumsverhältnisse in der SU wird der Krenl den Gesamtwirtschaftsplan derart abstimmen, daß die Glacisländer im Nachteil bleiben. Dazu kommt, daß sich Stalin, um seine Absichten durchzusetzen, auf ihm treu ergebene Elemente stützen muß: er "russifiziert" das Glacis, indem er überall die rückgratlosesten Elemente an die Spitze setzt, zumeist solche, die während des Krieges in Moskau waren und daher keine enge Berührung mit den Massen der Glacisländer haben. Das aber macht sie den Massen nur noch verhaßter und schafft dem Weiter-schwelen vorerst titoistischer Oppositionen guten Boden. Wird Stalin so die Krise im Glacis nie beseitigen können, trotz der größten Hetze gegen die "Verräter", "Spione" und "trozkistischen Agenten", trotz des schärfsten Terrors, so kann er noch weniger die Krise in der SU beseitigen, die unmittelbar dem bürokratischen Regime entspringt.

Hier ist der Fall Puschkin vielleicht von einer Bedeutung, die heute noch schwer zu erkennen ist. Vergessen wir nicht, daß im Zusammenhang mit der Übernahme des Außenministeriums durch Wyschinski eine Reihe von Absetzungen vorgenommen wurden, wie etwa die Wosnessenskis, was auf eine Vertiefung der inneren Differenzen der Bürokratie hindeutet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich eine der bürokratischen Fraktionen auf die Opposition im Glacis in ihrem Kampf gegen Stalin zu stützen versucht, was den Fall Puschkins erklären würde. Daß seit Kriegsende mit Ausnahme der stalin-molotowschen Spitze ein fast hundertprozentiger Abtausch in den Spitzen der staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Bürokratie stattgefunden hat, wird nur zu leicht übersehen. Das heißt aber,

daß eine ganze bürokratische Garnitur heute in den Hintergrund gedrängt ist, und dies nicht ohne politische Gründe. Wir haben unlängst kurz auf die Differenzen innerhalb der Stalinbürokratie hingewiesen. Wir können hier sicherlich nur Vermutungen hegen, weil die Bürokratie es ängstlich vermeidet, den Schleier über ihre internen Differenzen zu lüften. Dennoch kann als sicher angenommen werden, daß von den Fragen der Außenpolitik an bis zu den Fragen des Wirtschaftsaufbaues und der Innenpolitik innerhalb der Bürokratie schwere Differenzen bestehen. Angesichts der sich verschärfenden Kriegsgefahr erhalten diese Differenzen ein Gewicht, das die innere Kluft nur noch vertiefen muß. Das stalinische Zentrum hat bisher versucht, in seiner Politik beiden Richtungen, sowohl der versöhnlerischen, zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus geneigten, als auch der aggressiven, Rechnung zu tragen. Wie lange es dies noch vermag, hängt von den Umständen ab, unter anderem auch, wie dies in einem totalitären Regime nicht anders möglich, vom Tod der Spitze, nämlich Stalins. Seine autokratische Autorität ist heute vielleicht noch die einzige Klammer, die die rivalisierenden Fraktionen verbindet. Diese Autorität hängt natürlich nicht in der Luft: sie verfügt über die GPU als wirksamstes Instrument, um Opponenten lautlos zu beseitigen. Freilich, ein Wechsel in der Spitze der Bürokratie würde vor allem eine beschleunigende Rolle spielen. Aber sie kann leicht in eine auslösende umschlagen, die die ganze bürokratische Pyramide ins Wanken bringt. Natürlich können andere, tief einschneidende Ereignisse diese Rolle übernehmen, so z.B. der Ausbruch des Krieges oder ein neuer revolutionärer Vorstoß, vor allem in Europa. Die letztere Chance hat der Stalinismus durch seinen Verrat beträchtlich gemindert und so der Alternative des Krieges Raum geschaffen. Aber auch dieser wird innerhalb der Kremlbürokratie die Differenzen nur verschärfen: sie weiß, daß es um Sein oder Nichtsein auch für sie gehen wird. Ihr rechter, einem Kompromiß mit den Imperialisten um jeden Preis zuneigender Flügel wird Anstrengungen machen, um seine Linie durchzusetzen. Das wird am anderen Pol der Bürokratie die Tendenz hervorrufen, sich gegen den rechten Flügel auf die Massen zu stützen. Bei einer solchen Lage kann es leicht zu einer offenen Kollision der Gegensätze kommen, die der angehäuften Massenunzufriedenheit das Tor zum Hervortreten öffnet. Die innere Zersetzung der Bürokratie wird den Massen augenscheinlich werden. Sie werden die längst vorhandene Notwendigkeit einer neuen Revolution, die die entartete Bürokratie hinwegzufegen und den leninschen Rätestaat wiederherzustellen die Aufgabe hat, schneller erkennen als sich heute mancher träumen läßt. Schließlich hat das russische Proletariat drei Revolutionen hinter sich: Es wird verstehen, auch die vierte siegreich durchzuführen.

IV.

Am schärfsten hat sich der Konflikt der Kremlbürokratie mit Tito zugespitzt. Was wir vor einem Jahre schrieben, daß es sich hier um keine episodische Opposition Titos gegen die Kominform, sondern um den Ausdruck der tiefen Krise, ja der Endkrise des Stalinismus handelt, hat sich vollkommen bewahrheitet. Tito hat sich bisher dem Kreml nicht unterworfen und alles deutet darauf hin, daß er auch nicht gewillt ist, es zu tun. Er hat sich ebensowenig bisher völlig dem kapitalistischen Westen angeschlossen. Er versucht mit Erfolg, sich in seiner isolierten Stellung zu behaupten. Es gibt keine ernstesten Anzeichen dafür, daß seine innerpolitische Stellung gefährdet ist. Wo er der Kremlagenten habhaft werden kann, greift er zu. Die durch den Boykott Rußlands und der Glacisländer hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat Tito zum Teil durch erhöhte Anstrengungen

wettgemacht, zum anderen Teil sucht er ihrer durch Erlangen einer Dollaranleihe Herr zu werden. Daß er hier unter den Druck der Wallstreet gelangt, ist unvermeidlich. Dennoch versucht er, die Zugeständnisse in einem Rahmen zu halten, der seine eigene Machtposition nicht schmälert. Daß er dabei z.B. den Kampf der griechischen Partisanen der Wallstreet aufopfert, beweist nur, daß er in der Wahl seiner Mittel nicht weniger zynisch ist als Stalin. Außerdem kommt Tito die Ermattung der Arbeiterklasse Frankreichs und Italiens durch die stalinsche Verratspolitik zu Hilfe.

Die Kremlbürokratie versucht, durch Aufrollen der Frage eines "selbständigen" Groß-Mazedoniens Tito in die Zange zu nehmen. Der Zynismus Stalins ist offensichtlich: während er überall das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt, holt er es aus Gründen der Beseitigung Titos auf dem Balkan hervor. Tito entlarvt aber die Intrigen des Kreml und macht sich bereit, militärische Schläge nicht einfach hinzunehmen. Heute ist die Krise so zugespitzt, daß selbst eine bewaffnete Auseinandersetzung nicht ausgeschlossen ist. Mehr als alles andere beleuchtet diese Möglichkeit die Schärfe der Krise des Stalinismus. Ein solcher Schritt Moskaus würde die Krise ungeheuer vertiefen und für den Kreml selbst von schwerwiegenden Folgen sein. Seine erzopportunistische "Friedens"politik erlitt einen furchtbaren Zusammenbruch und würde den Imperialisten den Weg zum dritten Weltkrieg erleichtern. Sicherlich ist es dieser Umstand vor allem, der heute den Kreml veranlaßt, beim Weg der Intrigen zu verbleiben. Aber jeder weitere Monat, welchen Tito überdauert, ist ein Schlag ins Gesicht der Kremlbürokratie. Sie ist heute schon in der Defensive gegenüber dem Imperialismus, zumindest in Europa. Tito nützt den Gegensatz SU-Imperialismus aus; die Defensivstellung des Kreml ist indirekt eine Verbesserung seiner Position. Gelangt der Kreml auch gegenüber Tito in die Defensive, zumindest politisch, dann erleidet er den letzten Vertrauensverlust. Zieht aber der Kreml es vor, Tito mit Krieg zu überziehen, dann setzt sich das Drama des Balkans auf neuer Stufe fort. Ein solcher Krieg des Kreml würde eine Katastrophe für die jugoslawischen Massen sein, die zweifellos hinter Tito stehen, trotz seiner bürokratischen Diktatur. Hat ja gerade die Kominformoffensive gegen ihn seine Stütze in den jugoslawischen Massen verbessert.

Es ist nicht leicht, den weiteren Gang der stalinistischen Endkrise voreinzusagen. Unerwartete Wendungen sind durchaus möglich, z.B. ein Kompromiß des Kreml mit den Imperialisten, das der Bürokratie eine neue Frist verschafft und ihr in Jugoslawien freie Hand läßt. Wie immer der Gang der Ereignisse aber sein wird, das fluchwürdige stalinsche Regime ist zum Untergang überrufen. Seine Endkrise zu lösen, ist das russische Proletariat berufen, dem die IV. Internationale den Weg zum Sieg über die Kremlbürokratie, zur Wiederherstellung der leninschen Rätedemokratie weist, um Rußland vor der Zerstörung durch den Weltimperialismus zu retten, wieder zum Hort der Weltrevolution zu machen.

9.8.1949

DAS WAHLERGEBNIS IN WESTDEUTSCHLAND - EINE ERNSTE WARNUNG!

Die Wahlen in den westdeutschen Bändestag vom 14.8. brachten folgendes Ergebnis:

	Stimmen	%	Zu- oder Abnahme gegenüber den Landtagswahlen 1946/47	Sitze
SPD	6,932.272	28,3	+ 843.000	131
Stalinpartei (KPD)	1,360.433	5,4	- 275.000	15
Zusammen	8,292.705	33,7	+ 568.000	146
CDU (entspricht der ÖVP)	7,357.579	30,0	+ 797.000	139
Freie Demokraten ("Liberale" Kapitalisten, Partei des Finanzkapitals)	2,788.653	11,4	+1204.000	52
Bayrische Partei (Kapitalistische Rechts- partei in Bayern)	986.606	4,0	-----	17
Zentrum (die ÖVP in Bayern)	727.343	3,0	+ 125.000	10
Wiederaufbau-Partei (profaschistisch)	681.981	2,8	-----	12
Deutsche Partei (profaschistisch)	940.088	3,8	+ 500.000	17
Deutsche Rechtspartei (entspricht dem früheren Stahlhelm)	428.449	1,7	-----	5
Zusammen	13,910.699	56,7	+2626.000	252

Dieses Ergebnis widerspiegelt einen entschiedenen Ruck nach rechts. 8,292.000 Stimmen von SP und Stalinpartei stehen 13,910.000 Stimmen der kapitalistischen Parteien gegenüber, wobei die Stimmen der "Unabhängigen", die ungültigen und die Stimmen für die prodänischen Nationalisten, die zusammen über 2,000.000 ausmachen, nicht berücksichtigt wurden. Verglichen mit den Landtagswahlen von 1946/47 beträgt der Stimmenzuwachs von SP und Stalinpartei zusammengenommen ungefähr 7%, der der kapitalistischen Parteien fast 20%. Aber nicht nur der Anteil der kapitalistischen Stimmen an den Gesamtstimmen ist gestiegen, sondern auch innerhalb des kapitalistischen Lagers hat sich der rechte Flügel gegenüber dem Zentrum verstärkt, was aus der obenstehenden Übersicht leicht zu erkennen ist.

Klassenmäßig bedeutet das Wahlergebnis, daß die Arbeiterklasse, besonders in den entscheidenden Industriegebieten, der SP und auch der Stalinpartei im großen und ganzen die Treue gehalten hat, daß aber andererseits große Teile des Kleinbürgertums, der verzweifelten Kleinkürgerlichen Schichten ins Lager der Rechtsbourgeoisie abgewandert sind, was durch den großen Stimmenzuwachs der Rechtsparteien in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten bewiesen wird. Auch die nach Millionen zählenden versetzten Personen, deren Lage am verzweifeltsten ist, haben in ihrer Masse für die kapitalistischen Parteien gestimmt. Sie stellen in ihrer heutigen Lage die potentielle Gefolgschaft neofaschistischer Bewegungen dar.

Die Niederlage der Stalinpartei kann nicht nur durch den vereinten Terror des imperialistischen Besatzungsregimes und der deutschen Bourgeoisie, der zweifellos vorhanden ist, erklärt werden, wie es die "Volksstimme" macht, sondern sie ist in erster Linie das Ergebnis der stalinistischen Katastrophenpolitik in Deutschland. Große Teile der deutschen Massen sind vom Stalinismus enttäuscht worden und kehren ihm den Rücken. Sie haben erkannt, daß sie vom Stalinismus nur für seine volksdemokratischen Ziele mißbraucht werden und, bei Abwesenheit einer revolutionären Führung, die ihnen den einzigen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend weisen könnte, gehen sie zurück zur SP, fallen sie in die Indifferenz oder werfen sich sogar verzweifelt den neofaschistischen Parteien in die Arme. Auch in Ostdeutschland wird sich die Niederlage der Stalinpartei auswirken. Die erste Reaktion der Stalinbürokratie dort ist, daß sie nun verstärkt für die Bildung einer ostdeutschen Regierung eintritt. Reimann, der Führer der Stalinpartei in Westdeutschland, ist in seinem Wahlkreis durchgefallen. Die ersten Gerüchte über seine Absetzung und die seiner engsten Mitarbeiter durch den Kreml sind bereits aufgetaucht. Die tatsächliche Entfernung der verantwortlichen Stalinbürokraten in Westdeutschland durch den Kreml würde uns nicht wundern, sie würde ganz zu den bisherigen Methoden Stalins und seiner engsten Clique passen, nämlich Sündenböcke zur Verdeckung der eigenen Schuld zu schaffen.

Obwohl sie die SP behauptet hat, ist ihr Führer Schumacher über den Ausgang der Wahlen enttäuscht. Er hatte keinen so großen Zuwachs bei den kapitalistischen Rechtsparteien erwartet. Dieselbe Enttäuschung wie die deutsche SP-Bürokratie drückt die Labour-Press aus. Dabei hat die Haltung der "sozialistischen" Labour-Regierung zu den Demontagen der deutschen Industriebetriebe eine entscheidende Rolle im Wahlkampf gespielt. Selbst Schumacher war gezwungen, die Haltung seiner englischen Freunde zu kritisieren. Aber wer war nach der Meinung Schumachers und des SP-Parteivorstandes an dem Ausgang der Wahlen schuld, die verräterische Haltung der Labour-Regierung oder die Koalitionspolitik der SP, das ist der Verrat der deutschen SP-Bürokratie an den deutschen Massen? Keineswegs. Schuld daran war, daß "erhebliche Teile des Volkes millionenfach gegen ihre ureigensten wirtschaftlichen und sozialen Interessen gewählt hätten". Also nicht die SP-Bürokratie, die Führung, ist schuld, sondern die Massen sind schuld. Die SP-Bürokratie, die die Führung der Gewerkschaften in den Händen hat, hat sich jedem Versuch der Massen, sich im außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die vereinigte Rauboffensive der internationalen und der deutschen Bourgeoisie zu kämpfen, entgegengestellt oder nur, wenn der Druck zu stark wurde, an deren Schwanz gehängt. Das Ergebnis dieses Verrates an den Massen liegt nun vor: Die Niederlage der Massen gegen die Bourgeoisie, an der die SP genau so wie die Stalinpartei schuld ist, führte zur Stärkung der Bourgeoisie, von der nun die Schumacher & Co. so überrascht sind.

Der SP-Parteivorstand bedauert an dem Wahlausgang nicht nur die Stärkung der Bourgeoisie, sondern vor allem auch die Tatsache, daß dadurch auch dem rechten Flügel innerhalb der CDU, den Vertretern des deutschen Großkapitals, den Adenauer & Co. (den deutschen Ross & Co.), der Rücken gesteuert wurde und die CDU von einer Koalition mit der SP nichts mehr wissen will. Die erste Regierung Westdeutschlands wird wahrscheinlich eine rein kapitalistische sein. Wenn es auch die deutsche Arbeiterklasse nicht zu bedauern braucht, daß jetzt die SP-Bürokraten zu keinen Ministerposten kommen, so ist die Tatsache, daß sich die deutsche Bourgeoisie bereits wieder so stark fühlt, um auf die Teilnahme der SP in der Regierung verzichten zu können, eine ernste Warnung für sie.

Da die SP gezwungenermaßen zur Oppositionspartei werden und die Bourgeoisie unter einer rein kapitalistischen Regierung ihren

Druck auf die Massen noch verstärken wird, werden sich günstige Bedingungen für das Entstehen einer linken Opposition innerhalb der SP ergeben. Die objektive Lage, die durch die Besetzung und die schleichende Krise geschaffen wird, wird die besten Arbeiter innerhalb der SP immer entschiedener auf den revolutionären Weg drängen. Die revolutionäre Avantgarde in Deutschland, die IKD, muß diese Entwicklung innerhalb der SP mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und dort, wo sie dazu Gelegenheit hat, sie fördern und beeinflussen.

Das Ergebnis der Wahlen in Westdeutschland ist eine ernste Warnung für die deutsche und auch für die internationale Arbeiterklasse: es zeigt die immer weiter fortschreitende Konsolidierung des Kapitalismus. Die internationale kapitalistische Presse ist voll des Lobes über den Ausgang der Wahlen. Aber um seine Ausbeuterherrschaft endgültig behaupten zu können, braucht der Kapitalismus nicht nur Stimmzettelsiege, sondern er muß die Arbeiterklasse, die Massen vollständig niederwerfen, ihre Organisationen zerstören, eine mehr oder minder offene Diktatur errichten. Soweit ist es aber noch nicht. Die deutsche Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren in heroischen Kämpfen, in denen besonders die beispiellose Solidarität hervorstach, bewiesen, daß sie entschlossen ist, Widerstand zu leisten. Um diesen Widerstand fortsetzen und auch steigern zu können, ja um schließlich auch siegen zu können, braucht sie zweierlei. Erstens braucht sie die internationale Solidarität der Weltarbeiterklasse, besonders die Solidarität der Arbeiter in den Ländern, deren imperialistische Bourgeoisie Deutschland besetzen, unterdrücken und ausplündern, aber auch die Solidarität der russischen Arbeiterklasse, die ebenso wie ein Teil der deutschen Arbeiterklasse unter der Polizeidiktatur des Kreml schmechtet. Zweitens braucht sie die Erkenntnis, daß weder SP noch Stalinpartei die Interessen der Arbeiterklasse, der Massen vertreten und daß, um im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bestehen zu können, die Schaffung einer neuen revolutionären Klassenpartei eine dringende Notwendigkeit ist. In beiden Fällen ist es vornehmste Aufgabe der IV. Internationale, der deutschen Arbeiterklasse zu helfen. Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ist das Schicksal der europäischen Arbeiterklasse, wie die Geschichte bereits einmal bewiesen hat, und das Schicksal der europäischen Arbeiterklasse ist das Schicksal der Weltarbeiterklasse, der Weltrevolution.

S T R E I F L I C H T E R

Die "Volksstimme" bringt einen guten Artikel, in welchem die enge Verfilzung des Vatikans mit den kapitalistischen Konzernen aufgezeigt wird. Stimmt, die Kirche hat es zu allen Zeiten verstanden, sich mit den herrschenden Ausbeuterklassen auf guten Fuß zu stellen und an der Ausplünderung der Massen teilzunehmen. Was die "Volksstimme" leider aufzuklären schuldig bleibt, ist folgendes: Vor 4 Jahren zierten anlässlich des Wahlkampfes zwei haushohe Bildnisse das Parteihaus der italienischen Stalinpartei, gekrönt von einem Spruchband: "Diese beiden Männer werden Italien retten!" - Und wer waren diese beiden Männer? Togliatti und der - Papst!

"Darum sind wir davon überzeugt, daß die einzige Sicherung gegen die Wiederkehr dieser Leiden ist, das Übel an der Wurzel zu packen, den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzurichten. Das wollen wir Kommunisten." So Koplenig in der "Volksstimme" vom 4.8.48. Ja, das Papier ist geduldig. Vor vier Jahren sprach er anders. Damals triefen Koplenig und seine Kumpane nur so von "demokratischer Zusammenarbeit" mit den Figl & Co. Damals war die Gelegenheit da, um das Übel an der Wurzel zu packen! Damals haben diese Verräter aber Seite an Seite mit den Schärf & Co. nichts anderes zu tun gehabt, als den halb entwurzelten Kapitalismus zu stützen und wieder einzuwurzeln.
